

ALEXANDRE FROIDEVAUX

VON RIGIDER SPARPOLITIK UND ANDEREN KRISEN

EIN SCHLAGLICHT AUF DIE POLITISCHE SITUATION SPANIENS

Der Artikel wirft, unter Rückgriff auf historische Entwicklungen, ein Schlaglicht auf die derzeitige politische Situation des südeuropäischen Landes. Neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird das «Problem» der peripheren Nationalismen in Katalonien und im Baskenland beleuchtet sowie die besondere Art spanischer «Vergangenheitsbewältigung».

NEOLIBERALE KRISENBEKÄMPFUNG DURCH «SOZIALISTEN»

Spanien befindet sich mitten in einer heftigen Wirtschaftskrise und kämpft mit erheblichen sozialen Problemen. Dabei hat das Land eine rasante nachholende Entwicklung hinter sich. Lange Zeit hinkte Spanien wirtschaftlich gesehen den Industriestaaten des Nordens weit hinterher. In den klassenkämpferischen Auseinandersetzungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die in den Bürgerkrieg (1936–1939) mündeten, standen sich noch in großem Maße Landarbeiter und Großgrundbesitzer gegenüber. Nur in wenigen Teilen des Landes (Katalonien, Baskenland) hatte eine nennenswerte Industrialisierung stattgefunden.

Dies änderte sich ab Anfang der sechziger Jahre, als unter den autoritären Vorzeichen der Franco-Diktatur (1939–1975) eine Art «Wirtschaftswunder» Spanien innerhalb weniger Jahre auf Rang 10 der Industrienationen katapultierte. Die Krise des Fordismus ab 1973 erfasste jedoch auch Spanien, dessen Schlüsselindustrien wie etwa die Werften international nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die Transición, der Übergang zur Demokratie (1975–1982), war begleitet von dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1986 begann jedoch eine wirtschaftliche Boomphase, die nur zu Beginn der neunziger Jahre im Zuge einer europäischen Rezession eine kleine Delle erhielt. Unter der konservativen Regierung von José María Aznar (1996–2004) gelang 1999 die Teilnahme an der europäischen Währungsunion. Die spanischen Wachstumsmotoren waren der Tourismus und der Bausektor. Dies war Fluch und Segen zugleich.

Einerseits konnte durch die Hochkonjunktur die ehemals hohe Arbeitslosigkeit von 20 Prozent halbiert werden. Die Infrastruktur des Landes wurde, auch mit EU-Mitteln, modernisiert und die Spanier konnten sich als Bewohner eines prosperierenden Landes fühlen. War Spanien lange ein Auswanderungsland gewesen, drehte sich der Migrationsprozess nun um. Hunderttausende Migranten aus Lateinamerika, Afrika und Osteuropa verdingten sich auf dem Bau, im Tourismus, als Haushaltshilfen oder in der Landwirtschaft.

Andererseits führte die unstillbare Bauwut zu den bekannten ökologischen Desastern, vor allem an den Küsten, und beförderte die Korruption, die erschreckende Ausmaße angenommen hat. Während wenig unternommen wurde, um die Innovationskraft der spanischen Wirtschaft zu stärken, wurden Immobilien immer mehr zur lukrativen Anlageform. Auf dem Höhepunkt der Immobilienspekulation wurden zahllose Wohnungen über den tatsächlichen Bedarf hinaus gebaut. Die Objekte erhöhten teilweise auf wundersame Weise ihren Wert, noch bevor das Fundament gelegt war.

Diese besondere Form der Kapitalakkumulation brach 2008/2009 in sich zusammen. Seitdem wird das iberische Land von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelt. Weil nur noch wenig gebaut wird und das Land in eine Rezession stürzte, verloren viele ihren Job. Mit mehr als vier Millionen Erwerbslosen ist die Arbeitslosenquote wieder auf über 20 Prozent geschnellt – die höchste Quote in der EU. Besonders verzweifelt ist die Situation für die Arbeitsimmigranten und für Menschen unter 25 Jahre, für welche eine Quote um die 40 Prozent angegeben wird. Schon ist die Rede von einer verlorenen Generation, die zum Teil wie ihre Großeltern ihr Glück im Ausland sucht.

Zwar sind Spaniens Großbanken wie Santander oder BBVA aufgrund risikoärmerer Unternehmenspolitik von der internationalen Finanzkrise weniger betroffen als so manche deutsche Bank. Doch sitzen viele lokale Sparkassen aufgrund der geplatzten Immobilienblase auf «toxischen» Krediten. Zudem bleibt Spanien natürlich nicht von dem schwierigen interna-

tionalen Wirtschaftsumfeld verschont, wie sich im Frühjahr 2010 in der Eurokrise zeigen sollte. Als Griechenland im Mai kurz vor dem Bankrott stand und damit die Gemeinschaftswährung gefährdete, geriet auch das krisengeschüttelte Spanien in den Blick. Ein finanzieller Zusammenbruch des Landes, so wird immer wiederholt, würde die EU viel mehr belasten als der Griechenlandes.

Im Verein übten die europäische Zentralbank, die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds erheblichen Druck auf die sozialistische Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero aus, einen rigiden Sparkurs zu verfolgen. Deutsche Banken bangten um ihre Kapitalinvestitionen in Spanien und die Ratingagentur Standard & Poor's stufte die Kreditwürdigkeit des Landes herab. Dabei spielte es offensichtlich keine Rolle, dass Spanien weit weniger verschuldet ist als etwa Deutschland und die Ausgaben für den öffentlichen Sektor deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen.¹ Das fehlende «Vertrauen» der Finanzmärkte in die Entwicklungsfähigkeit der spanischen Wirtschaft verteuert die Kapitalaufnahme für den iberischen Staat, dessen Neuverschuldung in der Krise gestiegen ist.²

Lange Zeit behauptete Regierungschef Zapatero vom *Partido Socialista Obrero Español* (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei, PSOE), der sich freilich schon lange vom Sozialismus verabschiedet hat, er werde keine Einschnitte ins soziale Netz vornehmen. Doch im Mai schwenkte er aufgrund des massiven Drucks aus dem Auslands um. Die Regierung beschloss harte Sparmaßnahmen wie die Kürzung der Beamtengehälter und das Einfrieren der Renten sowie eine Mehrwertsteuererhöhung. Zudem erweiterte die Regierung ihr neoliberales Programm noch um eine Arbeitsmarktreform, die den Kündigungsschutz erheblich einschränkt und es den Unternehmen ermöglicht, tarifvertragliche Regelungen zu missachten.

Dabei ist die Situation sehr vieler Arbeiter ohnehin prekär. Zeitverträge sind gang und gäbe und Millionen sind *milieu-ristas*: Sie verdienen um die tausend Euro, häufig auch weniger – und das bei hohen Lebenshaltungskosten. Lebensmittel und Wohnungen sind in Spanien trotz des Crashes nach wie vor verhältnismäßig teuer. Die Millionen Arbeitslosen, aber auch Rentner beziehen nur sehr geringe Einkommen und sind nicht selten auf die Unterstützung durch Familie oder Freunde angewiesen. Etwa anderthalb Millionen Erwerbslose müssen gleich ganz ohne staatliche Hilfen auskommen.

Die bis dato handzahmen Mehrheitsgewerkschaften *Unión General de Trabajadores* (Allgemeine Arbeiterunion, UGT) und *Comisiones Obreras* (Arbeiterkommissionen, CCOO) beschlossen schließlich als Reaktion auf die Regierungspolitik, einen Generalstreik für den 29. September auszurufen. Anders als in Deutschland hat diese politische Form des Streiks in Spanien im Rahmen des in der Verfassung verbürgten Streikrechts überlebt. Beim letzten Generalstreik im Jahr 2002 gelang es den Gewerkschaften, eine neoliberale Gesetzesinitiative der damaligen konservativen Regierung zu Fall zu bringen. Nach einem vergleichbaren Erfolg sieht es im Moment nicht aus.

Der 24-stündige Generalstreik wurde offensichtlich vor allem in den Fabriken, auf dem Bau und im Transportsektor befolgt. In diesen klassischen Milieus der Arbeiterklasse haben die spanischen Gewerkschaften weiter einen großen Einfluss. Sichtbar wurde der Streik etwa auch durch das eingeschränk-

te oder eingestellte Programm mancher Fernsehsender, Zeitungen erschienen in Notausgaben und gelangten häufig gar nicht zu den Kiosken. Am späteren Nachmittag fanden in dutzenden spanischen Städten Demonstrationen statt. In Madrid demonstrierten mehrere zehntausend Spanier für eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Dennoch sind die Erfolgsmeldungen der Gewerkschaftsführer, über 70 Prozent der Arbeitenden und Angestellten wären dem Streikaufruf gefolgt, mit Vorsicht zu genießen. So blieben beispielsweise viele Geschäfte des Einzelhandels am Tag des Streiks geöffnet. Es steht zu vermuten, dass sich viele aufgrund der angespannten Lage nicht getraut haben, am Streik teilzunehmen. Vor dem 29. September gab es eine regelrechte Kampagne gegen die Gewerkschaften und es kann davon ausgegangen werden, dass seitens so mancher Arbeitgeber der Druck auf ihre Belegschaft hoch war, nicht zu streiken. Für Erwerbslose, Selbständige oder illegalisierte Migranten ist streiken ohnehin nicht möglich.

Zudem sitzt das Misstrauen gegen UGT und CCOO tief. Von links werden die Mehrheitsgewerkschaften als bürokratisch und korrupt kritisiert. Tatsächlich erhalten beide Organisationen Millionen Euro an Subventionen direkt aus dem Topf des Arbeitsministeriums. Über die freigestellten Gewerkschafter in den Betrieben sagt das Klischee, sie hätten ein großes Mundwerk, würden aber wenig arbeiten. Der Umstand, dass der Generalstreik sich zwar unter anderem gegen die Arbeitsmarktreform richtete, dies aber erst Monate nach deren Verabschiedung, hat das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Gewerkschaften nicht eben bestärkt.

Eine Art kämpferisches Gegenmodell bieten anarchistische Gewerkschaften an, die in diesem Jahr das hundertjährige Bestehen des Anarchosyndikalismus in Spanien feiern. Am Tag des Streiks waren ihre schwarz-rote Fahnen überall an den neuralgischen Punkten der Auseinandersetzung präsent. Doch diese Option ist in einer klaren Minderheitenposition. Zudem ist der Anarchismus in Spanien selbst in verschiedene Organisationen gespalten.

Während der neoliberale Mainstream, dem sich auch die meisten Medien verpflichtet fühlen, die Einsparungspolitik hier wie in anderen Ländern als «alternativlos» darstellt, ist die Antwort der Mehrheitsgewerkschaften klassisch sozialdemokratisch und keynesianistisch. In dieselbe Kerbe schlägt der katalanische Politikprofessor Vicenç Navarro. Das 20. Jahrhundert habe gezeigt, dass ein Land eine Rezession nur überwinden könne, wenn es die öffentlichen Ausgaben steigert, «um die Nachfrage zu schaffen, die der private Sektor nicht generiert.»

Navarro wie die Gewerkschaften wollen darüber hinaus die Reichen stärker besteuern. Die gesamtstaatliche Partei, die im Parlament solche Positionen vertritt, das Bündnis *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke, IU), musste bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2008 jedoch ein mageres Ergebnis von

¹ Laut EU-Kommission lag 2009, also bereits mitten in der Krise, der Schuldenstand Deutschlands bei 73,2 Prozent des BIPs, derjenige Spaniens bei 53,2 Prozent (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/55&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>). Die so genannten Sozialschutzausgaben lagen beispielsweise 2005 in Spanien bei 20,8 Prozent des BIP und damit erheblich unter dem EU-Durchschnitt (27,2 Prozent) und der Quote Deutschlands (29,4 Prozent; <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/63&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>). ² Das Haushaltsdefizit lag nach Angaben der EU-Kommission im Jahr 2009 bei 11,2 Prozent, eines der höchsten in der EU (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/55&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>).

knapp 4 Prozent hinnehmen und liegt derzeit in Umfragen nicht entscheidend darüber.

Mittlerweile lehnte Ministerpräsident Zapatero eine Umkehr seiner Politik ab. Die Arbeitsmarktreform verteidigte er ausdrücklich mit Verweis auf die Agenda 2010-Politik der Schröder-Regierung, die den Grundstein für die Stabilität der deutschen Wirtschaft in der Krise gelegt habe. Der Streik allerdings war durchaus problematisch für die Regierung, ist es doch ihre Stammwählerschaft, die auf den Straßen demonstrierte. Die Umfragewerte für den PSOE sind im Keller. Andererseits steht sie unter starken Pressionen des Auslands, nicht nachzugeben.

Spanien hat sich lange auf seine vermeintlichen Wachstumsbranchen verlassen. Nun produziert das Land zu wenig in Eigenregie und ist außerdem stark vom ausländischen Kapital abhängig, wie sich in der Krise deutlich zeigt. Im jüngst verabschiedeten Haushalt für 2011 sind drastische Einsparungen beschlossen, in großem Stil etwa im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Ein keynesianistisches Konjunkturprogramm sieht anders aus. Der Generalstreik hat bisher lediglich dazu geführt, dass die Regierung sich in der Frage der Neuregelung des Rentensystems handlungsbereit gibt. Hier wie andernorts soll das Rentenalter heraufgesetzt werden.

NATIONALISMEN IM KONFLIKT

So ernst die sozialen Probleme in Spanien auch sein mögen, die Gemüter erhitzen sich erstaunlicherweise häufig an anderen Fragen. So etwa an einer Demonstration in Barcelona. Einen Tag vor dem WM-Gewinn der spanischen Fußballnationalmannschaft in Südafrika gingen in der katalanischen Hauptstadt hunderttausende auf die Straße und reklamierten: «Som una nació!» (Wir sind eine Nation!) Was war geschehen?

Nach mehrjährigem politischen Prozess war bereits vor Jahren ein neues Autonomiestatut für Katalonien verabschiedet worden, das der Region unter anderem neue Kompetenzen im Finanz- und Justizbereich geben sollte. Dafür bedurfte es der Zustimmung durch das Regionalparlament in Barcelona, der Cortes, dem Parlament in Madrid, sowie einer Volksabstimmung in Katalonien. Trotz dieser dreifachen demokratischen Legitimierung legte der konservative *Partido Popular* (Volkspartei, PP) gegen das neue Statut Klage beim spanischen Verfassungsgericht ein.

Vier lange Jahre brauchte das Gericht, um ein Urteil zu fällen. Hierbei zeigte sich auch eine Krise des Justizwesens, das stark politisiert ist. Der Theorie nach bestimmen die beiden stärksten Parteien, PSOE und PP, die Mitglieder des Verfassungsgerichts paritätisch. Doch gelangten die beiden Parteien zu keiner Einigung über die Neubesetzung freier werdender Posten, was die Entscheidung über das katalanische Autonomiestatut jahrelang blockierte. Ganze vier der zehn Richter, die letztlich das Urteil fällten, hätten längst ausgetauscht werden müssen. Beobachter erkennen darin ein Legitimitätsproblem.³

Das höchste Gericht nahm das Autonomiestatut zwar insgesamt an, erklärte es aber in zentralen Passagen für verfassungswidrig. Vor allem erklärte es den Anspruch der Katalanen, eine Nation zu sein, für nicht verfassungskonform. Denn laut spanischer Verfassung gibt es im Land zwar verschiedene «Nationalitäten», aber eben nur eine, spanische, Nation. Dies war eine Formel, mit der in der *Transición* versucht wor-

den war, die politische Sprengkraft der peripheren Nationalismen zu entschärfen. Ab dem 19. Jahrhundert hatten sich in Katalonien, im Baskenland und, in geringerem Maße, im nordwestspanischen Galicien nationalistische Bewegungen entwickelt, die sich jeweils auf eigene Sprachen gründeten und eine besondere Kultur für sich reklamierten.

Diese Bewegungen wurden während des Franquismus unterdrückt, der Gebrauch der jeweiligen Sprachen war im öffentlichen Raum lange Zeit untersagt. Nach dem Tod des Diktators 1975 pochten die Bewegungen auf politische Selbstständigkeit. Auf der Gegenseite stand das Militär, das eine Stütze der Diktatur gewesen war, sich als Hüter der Integrität des staatlichen Territoriums sah und den Demokratisierungsprozess durch Putschabsichten bedrohte. In dieser Gemengelage «erfanden» die maßgeblichen Politiker den Staat der Autonomien.

Die Regionen konnten demnach verschiedene Grade an Autonomien erreichen. Doch recht bald reklamierten praktisch alle «autonomen Gemeinschaften» den höchsten Grad an Autonomie für sich und erhielten weitgehende Kompetenzen. Damit glich sich der Autonomienstaat dem Föderalismus an, ohne dass Spanien wirklich ein föderaler Staat geworden wäre. So gibt es keine wirkliche Länderkammer wie den Bundesrat in Deutschland. Die zweite Kammer des spanischen Parlaments, den Senat, in eine Ländervertretung umzuwandeln, war das Ziel Zapateros zu Beginn seiner Amtszeit. Doch daraus ist bis heute nichts geworden.

Wie es nach dem Richterspruch mit dem Statut weitergeht, ist derzeit unklar. Die Debatten zwischen «Katalanen» und «Spaniern» jedenfalls sind oft hitzig und treiben so manche Blüten. Als beispielsweise das katalanische Regionalparlament im Juli dieses Jahres die Abschaffung des Stierkampfes beschloss, reagierten spanische Nationalisten empört. Dies sei keine Sachentscheidung, meinten sie, die Katalanen wollten sich nur gegen den Rest Spaniens abgrenzen. Der PP kündigte eine Initiative an, mit welcher der Stierkampf zum nationalen Fest deklariert werden sollte und damit besonders geschützt wäre.

Heftig umkämpft ist auch die Sprachpolitik. Seit Jahren betreiben katalanische Nationalisten eine Politik der «Normalisierung», die die Beherrschung und den Gebrauch der Sprache fördern soll. Ein nachvollziehbares Anliegen, handelt es sich doch beim Katalanischen um eine Sprache mit einer langen Kulturtradition, die für Millionen Menschen in Katalonien, Valencia und auf den Balearen Muttersprache ist. Doch diese Menschen sind in aller Regel zweisprachig und es ist diese Bilingualität, die von überzeugten katalanischen Nationalisten scheinbar nicht als Vorteil, sondern als Bedrohung wahrgenommen wird. Das hat dazu geführt, dass in vielen Schulen Kataloniens das Spanische nicht mehr als ein einfaches Unterrichtsfach ist.

Nicht zuletzt geht es auch um Geld. In der Region wohnen etwa 16 Prozent der Spanier. Katalonien erwirtschaftet jedoch ein Viertel der Wirtschaftsleistung des Landes. Viele Katalanen sind nicht damit einverstanden, dass Madrid Steuern einzieht, von denen nur ein Teil wieder in die Region kommt. Nicht wenige wollen die Abgaben gleich ganz abschaffen. Anhänger einer Unabhängigkeit Kataloniens gibt es dabei

³ Im Oktober kam es schließlich zu einer Einigung zwischen PSOE und PP über die Besetzung des Verfassungsgerichtes.

sowohl im konservativen wie im linken Milieu Kataloniens. An der derzeitigen katalanischen Regierung ist mit den Linksrrepublikanern sogar eine Partei an der Macht beteiligt, die offen für die Unabhängigkeit eintritt.

Doch für eine Mehrheit der Katalanen ist das keine Option. Sie fühlen sich gleichermaßen katalanisch wie spanisch. Viele Bewohner Kataloniens sind im Übrigen auch Nachfahren von Einwanderern aus dem spanischen Süden oder kommen aus Spanischamerika. Darf man den derzeitigen Umfragen glauben, wird die konservativ-nationalistische Partei *Convergència i Unió* (Übereinstimmung und Einheit, CiU) die katalanischen Regionalwahlen Ende November gewinnen. Das wird wohl nicht zur Unabhängigkeit führen. Die CiU stellte bereits von 1980–2003 die Regierung in Katalonien.

Haben katalanische Nationalisten kaum je für Gewalt als Mittel der Politik optiert, ist dies im Baskenland bekanntermaßen anders. Die Stadtguerrilla *Euskadi Ta Askatasuna* (Baskenland und Freiheit, ETA) wurde 1959 gegründet und kämpfte zunächst gegen die Franco-Diktatur. Als mit deren Überwindung das Ziel eines unabhängigen Baskenlandes nicht erreicht war, richtete sich die politische Gewalt vehement gegen den demokratischen Staat. Die meisten und blutigsten Attentate verübte ETA in den achtziger Jahren. Dabei wurden immer wieder auch Zivilisten zu Opfern. Zugleich geriet der anfangs von ETA als politisches Ziel propagierte Sozialismus im Vergleich zum Nationalismus ins Hintertreffen.

Im Laufe der letzten Jahre ist die Position von ETA zunehmend schwieriger geworden. Der polizeiliche Verfolgungsdruck wurde verschärft, vor allem im Nachbarland Frankreich, das unter François Mitterrand in den achtziger Jahren lange Zeit noch ein Rückzugsraum für die Guerrilla war. Bei der Bekämpfung des baskischen Separatismus griff der spanische Staat auch zu rechtsstaatswidrigen Mitteln. Dies ging soweit, dass eine bewaffnete Einheit gebildet wurde, die Etxaras (ETA-Mitglieder) entführte und manche sogar extralegal hinrichtete.

Gegen diese Form des Staatsterrorismus ermittelte Anfang der neunziger Jahre der Untersuchungsrichter am Nationalen Gerichtshof, Baltasar Garzón. Garzón ging zugleich gegen ETA vor, wie auch gegen deren linksnationalistisches *abertzale*-Umfeld vor. Unter der PP-Regierung wurde die *abertzale*-Partei Batasuna (Einheit) 2003 mittels eines neuen Parteiengesetzes verboten. Seitdem können alle Organisationen verboten werden, die scheinbar oder tatsächlich dem Terrorismus nahe stehen, wenn sie etwa ETA-Attentate nicht öffentlich verurteilen. Selbst linksnationalistische Zeitungen wie *Egunkaria* wurden so geschlossen.

Dies ist unter demokratischen Gesichtspunkten in höchstem Maße fragwürdig, hat aber den baskischen Nationalismus ohne Frage über die Jahre hinweg deutlich in die Defensive gebracht. Die Entwicklung führte schließlich dazu, dass der *Partido Vasco Nacionalista* (Baskische Nationalistische Partei, PNV) bei den letzten Regionalwahlen 2009 die Macht verlor. Der PNV hatte das Baskenland während der gesamten Zeit der Demokratie ununterbrochen regiert. Dabei schwankte er zwischen einem autonomistischen und einem separatistischen Kurs. Der letzte PNV-Ministerpräsident, Juan José Ibarretxe, scheiterte 2008 mit seinem Plan, im Baskenland ein Referendum über eine mögliche Unabhängigkeit abzuhalten. Dieser war vom spanischen Verfassungsgericht als verfassungswidrig abgelehnt worden.

Bei den folgenden Regionalwahlen blieb *Batasuna* weiter verboten und somit das *abertzale*-Lager ohne Repräsentation im Parlament. Der PNV blieb zwar stärkste Partei, aber die baskischen Sozialisten bildeten eine (im Rest Spaniens undenkbbare) Koalition mit dem PP. Der neue Ministerpräsident Patxi López (PSOE) hat den Kampf gegen den baskischen Separatismus noch einmal verschärft. Seit Jahren werden in diesem Zusammenhang immer wieder Foltervorwürfe laut. Vor allem die kasernierte Polizei *Guardia Civil* steht hier im Fokus und die noch aus dem Franquismus stammende so genannte *incomunicado*-Haft, die es ermöglicht, verhaftete Personen fünf Tage lang ohne Kontakt nach außen festzuhalten. Diese für die Gefangenen gefährliche Isolierung wird von Menschenrechtsorganisationen immer wieder angeprangert.

Das Ende von ETA wird seit Jahren vorausgesagt. Nun scheint es ein wenig näher gekommen. Verhandlungen zwischen den Terroristen und der spanischen Regierung waren 2006 gescheitert, als ETA ihren eigenen Waffenstillstand mit einem Anschlag auf ein neues Terminal des Madrider Flughafens brach, bei dem zwei Ecuadorianer starben. Seitdem erteilte die Regierung jeglichen Verhandlungen eine Absage und intensivierte die polizeiliche Verfolgung. Fast ohne Unterlass wird in spanischen Medien über Festnahmen von Etxaras berichtet.

Inzwischen ist selbst das *abertzale*-Lager umgeschwenkt. Batasuna forderte jüngst zusammen mit anderen baskischen linken Parteien ETA zu einem permanenten Waffenstillstand auf. Im September verkündete ETA tatsächlich eine solche Waffenruhe. Ob diese zu einem Ende der politischen Gewalt im Baskenland führen kann, ist momentan offen.

DEMOKRATIE OHNE ANTIFASCHISTISCHEN GRUNDKONSENS?

Lassen sich bei der Bekämpfung des baskischen Nationalismus Verletzungen rechtsstaatlicher Standards ausmachen, so sind demokratische Defizite auch beim Umgang mit der konfliktgeladenen jüngeren Vergangenheit zu erkennen.⁴ Dies hat mit dem besonderen Verlauf der *Transición* zu tun. Der Übergang zur Demokratie nach dem Tod des Diktators Francisco Franco im Jahr 1975 basierte auf einem historischen Ausgleich zwischen reformbereiten Gruppen der franquistischen Elite und der illegalen Opposition.

Während des Bürgerkrieges hatten sich «zwei Spanien» erbittert bekämpft: einerseits die «Republikaner», die auf Seiten der republikanischen Regierung standen oder wie die Anarchisten eine libertäre Revolution in Gang setzen wollten; andererseits die «Nationalisten», die den Putsch rechtsradikaler Militärs vom Juli 1936 unterstützten. Auf beiden Seiten wurden tausende der jeweiligen Gegner Opfer von Gewalttaten. Eine Kampagne zur Auslöschung der politischen Kontrahenten lässt sich jedoch nur für die Putschisten nachweisen. Wo die franquistischen Truppen vorrückten, «säuberten» sie das Hinterland systematisch von Gewerkschaftern, Revolutionären oder Liberalen.

Auch nach dem Sieg der Aufständischen über die Republik im Frühjahr 1939 endete der Terror nicht. Die franquistischen Sieger steckten Zehntausende in Gefängnisse und Konzentra-

⁴ Zu den Demokratiedefiziten muss man auch die endemische Korruption zählen, die hier nicht weiter thematisiert werden kann.

tionslager. Viele von ihnen mussten jahrelang Zwangsarbeit leisten, viele andere flüchteten sich ins Ausland. Unzählige Linke wurden nachts im ganzen Land von Todesschwadronen erschossen und wurden zu *desaparecidos* (Verschwundene), weil man sie in anonymen Massengräbern verscharrte. Dem Vernichtungsprogramm der Sieger fielen mindestens 150 000 Menschen zum Opfer. Die brutale Repression ließ mit der Zeit nach, blieb jedoch bis zum letzten Tag ein Wesenszug der Diktatur.

Die Spaltung des Landes wurde durch die Diktatur jahrzehntelang fortgeschrieben. Sie galt es zu überwinden, um eine demokratische Entwicklung Spaniens zu ermöglichen. Zum Schlagwort der *Transición* wurde daher die nationale Versöhnung. Und der legendäre antifranquistische Gewerkschaftsführer Marcelino Camacho (CCOO) fragte während der parlamentarischen Debatte über das Amnestiegesetz im Herbst 1977: «Wie könnten wir, die wir uns gegenseitig getötet haben, uns miteinander aussöhnen, wenn wir diese Vergangenheit nicht ein für allemal ausradierten?» In der *Transición* schälte sich so ein Konsens darüber heraus, die konfliktreiche Vergangenheit aus der politischen Diskussion zu verbannen. Diese geschichtspolitische Richtungsentscheidung nannte man bald danach «Pakt des Vergessens». Er sollte einschneidende Folgen haben.

Auf der einen Seite wurde eine Amnestie für politische Verbrechen beschlossen. Diese war von den Antifranquisten gefordert worden, um die Gefangenen des Widerstandes frei zu bekommen. Im Sinne der Versöhnung schloss sie aber auch die Täter der Diktatur ein. In der Folge blieb eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur aus. Weder wurde deren verbrecherisches Fundament, also der Putsch gegen die Republik 1936, noch der mörderische Charakter der Diktatur diskutiert. Ein antifaschistischer Grundkonsens konnte sich deshalb in der spanischen Gesellschaft nicht herausbilden.

Zudem wurden die Erinnerungen der Verlierer des Bürgerkrieges, die schon im Franquismus unterdrückt worden waren, weitgehend aus dem politischen Diskurs verbannt. Zwar kam es Ende der siebziger Jahre zu einer ersten Welle von Versuchen, *desaparecidos* zu exhumieren und «würdig zu begraben», wie die dafür immer wieder geäußerten Worte lauten. Auf nationaler Ebene fand die Bewegung wegen des Vergessenspaktes allerdings kaum Beachtung und kam nach dem Militärputsch von 1981 schnell zum Erliegen. Letzterer scheiterte zwar, rief in der Linken aber alte Ängste wieder hervor.

Der Vergessenspakt wurde ab Mitte der Neunziger zunehmend gebrochen, zu einer Zeit also, als die Demokratie als konsolidiert gelten konnte. Vor allem war es eine soziale Bewegung, die den geschichtspolitischen Konsens der *Transición* in Frage stellte. Einer der Motoren hierfür war die Initiative von Emilio Silva. Der Journalist suchte und fand im Jahr 2000 die sterblichen Überreste seines einst ermordeten Großvaters in einem Massengrab in der Region León. Die Aktivisten gründeten die *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* (Vereinigung für die Wiedergewinnung der historischen Erinnerung, ARMH), womit die Bewegung zugleich ihren Namen erhielt. Die Suche nach den *desaparecidos* ist seitdem zu einem Inbegriff der *memoria histórica*-Erinnerungskultur geworden, auch wenn sich deren Aktivitäten damit keineswegs erschöpfen.

Die spanische Rechte lehnt diese Initiativen restlos ab. Nach Ansicht des PP hat sich Spanien in den siebziger Jahren umfassend versöhnt. Den Erinnerungsaktivisten begegnen die Konservativen mit den immer wiederkehrenden Vorwürfen, sie wollten alte Wunden wieder aufreißen und seien von Rachegeleuten angetrieben. Dem schlichten Wunsch vieler Angehöriger, die Wahrheit über das Schicksal der *desaparecidos* zu erfahren und ihre Verwandte an würdigen Gräbern zu betrauern, begegnen Konservativen mit Unverständnis.

Der PP bekennt sich zwar zu *Transición* und Demokratie, vermeidet jedoch bis heute eine eindeutige Verurteilung der Franco-Diktatur. Diese wird in konservativen Kreisen lediglich als überholt, nicht aber als verbrecherisch eingestuft, was angesichts der unzähligen biografischen Kontinuitäten nicht weiter verwunderlich ist. So war der langjährige Regierungschef Aznar während des Franquismus selbst Mitglied einer betont faschistischen Studentenorganisation.

Als Ausdruck der fehlenden gesellschaftlichen Ächtung des Franquismus sind in spanischen Städten bis heute Namen wie der des Generals Juan Yagüe präsent. Der glühende Faschist war der Kommandeur der Truppen, die bei ihrem Vorrücken in der südwestspanischen Extremadura im Sommer 1936 besonders bestialisch vorgingen. Allein in der Stierkampfarena von Badajoz ermordeten sie tausende «republikanische» Gefangene. Nach Yagüe ist eine Straße in Madrid benannt. Im rechten Fernsehkanal *Intereconomía* darf eine Verwandte rührselig über das ausgeprägte gesellschaftliche Leben des Militärs berichten.

Ähnlich skandalös ist der Fall des Valle de los Caídos nahe Madrids. Hier ließ Franco für sich, den Gründer der faschistischen Partei Falange und die nationalistischen Gefallenen von Zwangsarbeitern ein Mausoleum im nationalkatholischen Stil bauen. Bis heute kann hier jeder, der möchte, an Francos Grab im Innern der Basilika Blumen ablegen.⁵

Daran hat auch das Erinnerungsgesetz nichts geändert, das die sozialistische Regierung 2007, angetrieben von der *memoria histórica*-Bewegung, auf den Weg brachte. Durch das Gesetz wurde zwar der Franquismus wegen schwerwiegender Verletzungen der Menschenrechte verurteilt und die politischen Gerichte der Diktatur für «illegitim» erklärt. Deren Urteile wurden jedoch nicht annulliert, was bis heute für Empörung bei den Erinnerungsaktivisten sorgt. Zudem hielt die Regierung an der Amnestie von 1977 fest.

Der Staat verpflichtete sich durch das Erinnerungsgesetz, die Vereinigungen bei der Suche nach den *desaparecidos* zu unterstützen. Die Aktivisten weisen die Regierung jedoch im Verein mit Menschenrechtsorganisationen darauf hin, dass das internationale Recht den Staat dazu verpflichtet, die Suche nach den Verschleppten und Ermordeten zu übernehmen. Die Schwierigkeiten bei der Suche nach den *desaparecidos* sind enorm. Sie hängen mit der schieren Anzahl der Fälle (Schätzungen reichen von 30 000 bis über 100 000) und dem Umstand zusammen, dass die Mörder bei ihren extralegalen Taten keine Akten anlegten. Die Unzufriedenheit in Sachen *desaparecidos* führte dazu, dass dutzende *memoria histórica*-Gruppen im Sommer 2008 eine Klage beim nationalen Ge-

⁵ Eine im September verabschiedete, von sämtlichen – mit Ausnahme des PP – in den Cortes vertretenen Parteien unterstützte Initiative zielt nun allerdings darauf ab, den Valle de los Caídos in einen Ort des Gedenkens aller Opfer des Bürgerkrieges und der Repression umzuwandeln. Ob das geschieht, bleibt abzuwarten.

richtshof einreichen. Daraufhin verfügte der Ermittlungsrichter Baltasar Garzón im September 2008 eine Untersuchung, die den Verbleib der *desaparecidos* aufklären sollte. Doch das zuständige Gericht stoppte das Verfahren und in der Folge zeigten rechtsradikale Organisationen wie die Falange den Richter wegen angeblicher Rechtsbeugung an.

Als im April 2010 die Klage gegen Garzón zugelassen wurde, gründete sich die «Plattform gegen die *impunidad* (Straffreiheit)» und es kam landesweit zu Demonstrationen. Die Zeitung El País zählte allein in Madrid 60 000 Teilnehmende. Jeden Donnerstag gibt es nun Kundgebungen auf der Puerta de Sol, Madrids zentralem Platz, bei denen eine Beendigung der Täteramnestie gefordert wird. Die Bewegung hat sich damit radikalisiert, denn lange Zeit waren solche Bekundungen nicht laut geworden.⁶

Worauf die Forderung nach Beendigung der *impunidad* letztlich abzielt, ist nicht entschieden. Mit Blick auf die internationale Strafverfolgung von NS-Tätern fordern manche dieselbe Behandlung für die franquistischen Repressoren. Andere glauben nicht, dass es wirklich zu Prozessen kommt, zu alt sind die möglichen Angeklagten, zuviel Zeit ist verstrichen. «Aber», sagt Emilio Silva von ARMH dazu, «die *impunidad* zu

beenden, würde bedeuten, die Dinge in die richtige Ordnung zu bringen.» Neben der Aufklärung des Verbleibs aller *desaparecidos* ist damit gemeint, die franquistischen Mörder und ihre Taten klar zu benennen.

Inzwischen wurde ausgerechnet in Argentinien ein Verfahren gegen die franquistischen Verbrecher eröffnet, eine Art Umkehrung der Ermittlungsrichtung. Denn Richter Garzón war in den Neunzigern international bekannt geworden, weil er gegen Chiles Ex-Diktator Pinochet und Mörder der argentinischen Militärdiktatur (1976–1983) ermittelte. Garzón ist momentan vom Richteramt suspendiert und wartet auf seine Verhandlung

Alexandre Froidevaux ist Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Momentan arbeitet er an einer Dissertation zur Erinnerungskultur der spanischen Arbeiterbewegung. Er forscht und lebt in Madrid. E-Mail: a.froidevaux@gmx.de.

⁶ Siehe auch: A. Froidevaux: Der Kampf um die Erinnerung, in: Jungle World 26 (2010), S. 10–11. (www.jungle-world.com/artikel/2010/26/41227.html)

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de